

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

01
2024

MÄRZ 2024
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

CARSTEN LINNEMANN
IM INTERVIEW

**„Wir müssen
wieder mehr
Klartext reden“**

NAMENSARTIKEL VON FRIEDRICH MERZ

**Eine wirtschaftspolitische
Wende für Deutschland**





„In unserem Betrieb gibt's jeden Tag neue Herausforderungen. Mit unserem Steuerberater wird vieles einfacher.“

Romy Kreyer und Markus Paulke, Möbelmanufaktur Sternzeit-Design

Unternehmerische Ideen umzusetzen, ist ein gutes Gefühl. Gerade in diesen herausfordernden Zeiten. Ihre Steuerberatung steht Ihnen dabei partnerschaftlich zur Seite. Und berät kompetent zu vielen gesetzlichen und betriebswirtschaftlichen Themen. Damit Sie sich auf das Wichtigste konzentrieren können – Ihren unternehmerischen Erfolg.



gemeinsam-besser-machen.de



MIT WIRKT - auch gegen Vertrauensverlust

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Sie kennen diesen Typ bestimmt. Jeder von uns hat in seinem Bekanntenkreis den Besserwisser – übrigens jeden Geschlechts. Er mischt sich überall ein, hat zu allem eine starke Meinung, lässt keine anderen Ansichten zu, zeigt gerne auf andere, bekommt aber selbst nichts auf die Reihe.

„Dank“ der Ampel hat Deutschland jetzt eine Besserwisser-Regierung. Sie will uns vorschreiben, wie wir heizen sollen, was wir essen dürfen, welchen Motor unser Auto hat, wo wir Urlaub machen können und wie wir sprechen sollen. Mit Ausnahme der Legalisierung von Cannabis, der freien Wahl des Geschlechts und der Erhöhung des Bürgergeldes bekommt sie allerdings selbst kaum etwas auf die Reihe. Dringende Projekte wie die Reform der Sozialversicherungen, die Entlastung der arbeitenden Mitte, des Befreiungsschlages für Mittelstand und Wirtschaft werden ignoriert, ausgesessen oder zerstritten.

Bürger und Betriebe wenden sich ab – von der Politik und aus unserem Land. Der Vertrauensverlust ist dramatisch.

Dieser Vertrauensverlust betrifft nahezu alle Instanzen, die Deutschland über viele Jahre getragen und für gesellschaftlichen Zusammenhalt gesorgt haben. Neben der Politik gehört dazu auch der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk (ÖRR).

Der ÖRR hat in Deutschland eine starke Tradition. „Hier ist Rias Berlin – eine freie Stimme der freien Welt!“ Diesen Satz kannten Millionen von Hörern. Ab 1946 sendete der Rias in West-Berlin, wurde aber auch im Osten gehört. Sein Beispiel zeigt: Unabhängige Medien haben Kraft und können diese geben. Das gilt aktuell mehr denn je. Informations- und Pressefreiheit sind weltweit in Gefahr. Die Glaubwürdigkeit von Nachrichten wird als Fake News unterminiert.

Dies sollte und könnte also die Stunde des ÖRR sein. Könnte. Aber die Zeiten, in denen dieser unumstrittener Garant für Meinungs- und Informationsfreiheit war, sind vorbei. Mit Skandalen, Misswirtschaft, Parteilichkeit und



angreifbarer Recherche haben sich Sender selbst in Misskredit gebracht. Das Vertrauen der Beitragszahler schwindet.

Klar ist: Wir brauchen den ÖRR. Aber einen anderen. Deshalb hatten wir als MIT schon 2021 eine mutige Reform gefordert, ein Konzept vorgestellt und nicht locker gelassen. Auf dem Bundesparteitag der CDU Deutschlands 2022 trug unsere Initiative schließlich Früchte. MIT wirkt.

Auf unseren Antrag hin wurde eine Kommission zur grundlegenden Reform des ÖRR eingesetzt – mit dem Ziel, die Rundfunkanstalten zu mehr Meinungsvielfalt und Neutralität zu verpflichten. Auch zu mehr Sparsamkeit. Im Januar 2024 hat der Bundesvorstand unseren Entwurf angenommen.

Und es finden sich Kernforderungen der MIT darin wieder. Dazu gehören die Abschaffung von Doppelangeboten und -strukturen. Spartenkanäle sollen zusammengelegt werden. Das ZDF sollte ein nationales Programm anbieten, die ARD sich dagegen auf die regionale Berichterstattung konzentrieren. Wir fordern Transparenz für z.B. Fremdvergaben über 250.000 Euro und Nebeneinkünfte von Führungspersonal. Und eine schärfere Aufsicht als bisher. Mit den Mitteln der Beitragszahler muss wirtschaftlicher umgangen werden.

Darauf können wir den notwendigen Reformprozess aufsetzen, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk effizient, zukunftsfest und transparent zu gestalten. Und angefangen hat alles hier, in der MIT. MIT wirkt. Darauf können wir alle stolz sein.

Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende

Foto: Picasa

Impressum

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:
Fabian Wendenburg

Chef vom Dienst:
Dr. Juliane Berndt

Redaktion:
Dr. Christoph Sprich
Louis Müller-Rettstatt

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubg365.de
www.ubg365.de
Geschäftsführer: Jonathan Schreyer,
Heinrich Rentmeister
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Titelbild:
Thorsten-Schneider

Druckauflage:
26000 Exemplare

Anzeigenverkauf:
Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.



12

Fotos: Tobias Koch, Marc-Steffen Unger/www.ms-unger.de, Pieper, kwanchaift/adobe.stock.com



24

MIT:EDITORIAL

MIT WIRKT – auch gegen Vertrauensverlust 3
von Gitta Connemann MdB

MIT:KOLUMNE

Pioneer-Redakteur Michael von Bassewitz stellt fest:
Mehrarbeit lohnt nicht 8

MIT:STANDPUNKT

Friedrich Merz:
Eine wirtschaftspolitische Wende für Deutschland 10

MIT:THEMA

„Deutschland kann es besser“ 12
Gemeinsame Wirtschaftskonferenz von MIT und CDU

12-Punkte-Plan 17
für Deutschlands Wirtschaft

Chemieindustrie 18
Deutschlands Probleme im Reagenzglas

Einer von uns 23
Markus Pieper wird Mittelstandsbeauftragter der EU-Kommission

MIT:INTERVIEW

Carsten Linnemann 24
Im Interview mit Chefredakteur Fabian Wendenburg erläutert Carsten Linnemann, was „CDU pur“ bedeutet – und er erklärt, warum das Grundsatzprogramm so wichtig ist

MIT:ERKLÄRT

So funktioniert die MIT-App 30

MIT:FAKTEN

6-7, 9
Düstere Aussichten im Handwerk | DSGVO bleibt Bürokratie-Monster | Mehr Neugründungen, aber auch mehr Gewerbeaufgaben | Leichte Entspannung bei Exporten | Grüne Transformation: Investitionsbereitschaft sinkt | Digitalisierungsberufe: Bis 2027 fehlen 128.000 Fachkräfte

30



MIT: INSIDE

EU-Check 32

MIT trauert um Barbara Ahrons
Wirtschaftspolitik der Ampel
schadet dem Standort Deutschland 32
Nullrunde beim Bürgergeld gefordert 33
Jahreswirtschaftsbericht ohne
Rezepte gegen die Krise 33

Neumitglieder 34

Mitgliederstatistik 35



23



18



Düstere Aussichten im Handwerk

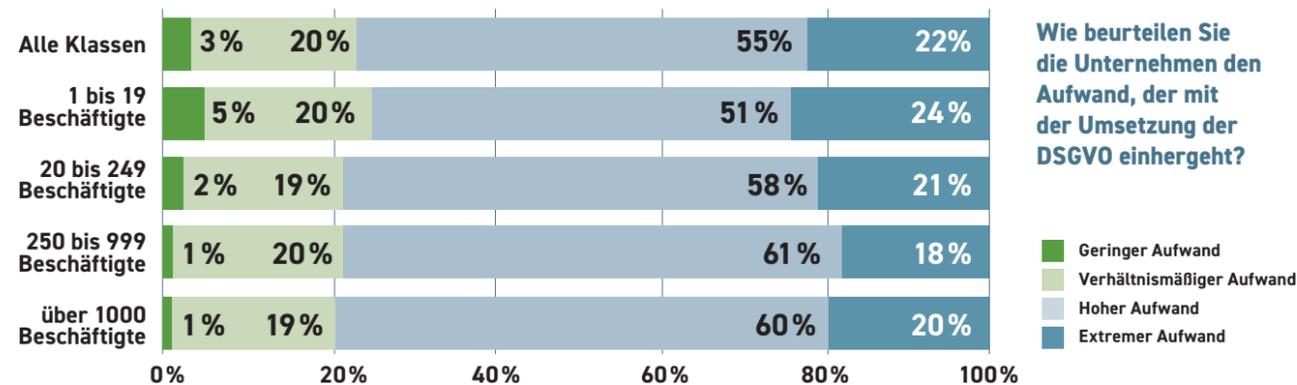
Eine Umfrage des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) zeichnet ein düsteres Bild: 42 Prozent der Betriebe erklärten, Investitionsvorhaben verschieben zu wollen. Bedingt durch die rückläufige Nachfrage nach handwerklichen Erzeugnissen oder Dienstleistungen erwägt zudem beinahe jeder vierte Betrieb (24 Prozent) die Schließung einzelner Betriebsstätten oder die Aufgabe einzelner Geschäftsfelder. Die Reduzierung von Öffnungszeiten wird von 18 Prozent in Betracht gezogen oder bereits vollzogen.

Wenn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten anhalten, können sich 13 Prozent sogar die Schließung oder Übergabe des eigenen Betriebs vorstellen.

Als besonders belastend wirken derzeit nach Auffassung der Handwerksbetriebe die hohe Steuer- und Abgabenlast (68 Prozent) sowie die zu erfüllenden Dokumentations- und Nachweispflichten (52 Prozent). Große Belastungsfaktoren sind der Fachkräftemangel (44 Prozent), die hohen Energiekosten (43 Prozent) und der derzeitige Auftragsrückgang (41 Prozent).

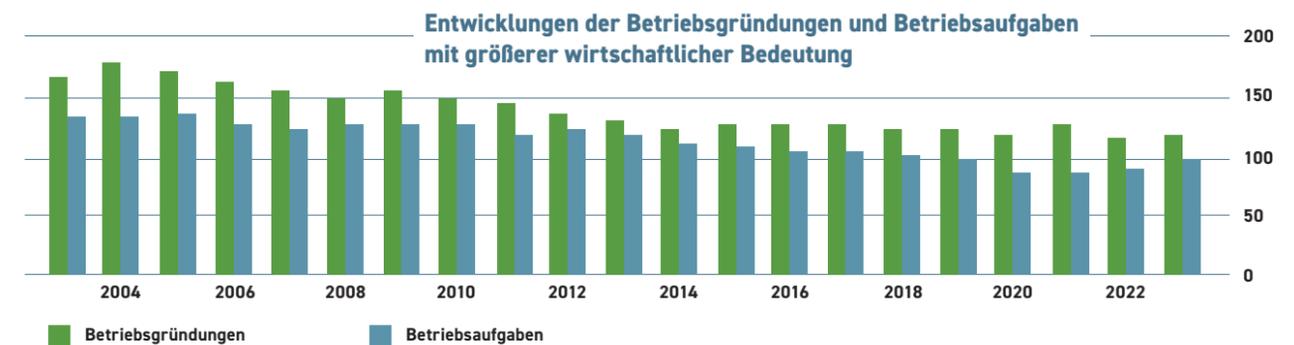
DSGVO bleibt Bürokratie-Monster

Auch nach sechs Jahren bleibt die Europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) einer der größten Bürokratietreiber für deutsche Betriebe, ermittelte die DIHK. Die Umsetzung der seit Mai 2018 geltenden DSGVO im betrieblichen Alltag verursache der Umfrage zufolge noch immer bei mehr als drei Viertel der Betriebe einen „hohen bis extremen“ Aufwand. Besonders kritisch: Bei den Betrieben mit bis zu 19 Beschäftigten stuft fast jeder vierte Betrieb den eigenen DSGVO-Aufwand als „extrem“ ein. Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) der Unternehmen kritisieren zudem Unklarheiten und Risiken hinsichtlich der Rechtsfolgen eventueller Verstöße gegen die DSGVO.



Quelle: <https://www.diik.de/de/aktuelles-und-presse/aktuelle-informationen/dsgvo-birgt-nach-wie-vor-erhebliche-rechtsunsicherheiten--113658>

Mehr Neugründungen, aber auch mehr Gewerbe-Aufgaben (Anzahl in Tausend)



Im Jahr 2023 wurden in Deutschland rund 118 500 Betriebe gegründet, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen, meldet das Statistische Bundesamt. Das waren 2,9 Prozent mehr Neugründungen größerer Betriebe als 2022. Gleichzeitig gaben im Jahr 2023 rund 96 600 Betriebe mit größerer wirtschaftlicher Bedeutung ihr Gewerbe vollständig auf. Das waren 7,9 Prozent mehr als im Jahr 2022.

Die Gesamtzahl der vollständigen Gewerbeaufgaben war im Jahr 2023 mit rund 486 900 um 8,3 Prozent höher als im Vorjahr. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen bei den Gewerbeämtern lag im Jahr 2023 mit rund 602 700 um 7,0 Prozent über dem Vorjahresniveau. Bei dieser Gesamtzahl handelt es sich nicht nur um Gewerbeaufgaben, sondern auch um Betriebsübergaben (zum Beispiel Verkauf oder Gesellschafteraustritt), Umwandlungen oder Fortzüge in andere Meldebezirke.

Leichte Entspannung bei Exporten

Die Stimmung in der deutschen Exportindustrie hat sich ein bisschen aufgehellt. Die Exporterwartungen stiegen laut ifo im Februar auf -7,0 Punkte, von -8,5 Punkten im Januar. Zuwächse bei den



Exporten erwarten aber weiterhin nur wenige Branchen. Dazu zählen unter anderem die Nahrungsmittel-Produzenten, die Getränkehersteller sowie Glas und Keramik. In der Elektrobranche konnten die Exporterwartungen zulegen. Dort gleichen sich positive und negative Aussichten gegenwärtig nahezu aus. Im Maschinenbau allerdings sanken die Erwartungen auf den niedrigsten Wert seit Juni 2020. Auch bei den Autoherstellern hält die Exportschwäche an. Gleiches gilt für den Metallsektor.

Fotos: stock.adobe.com

Grüne Transformation: Investitionsbereitschaft sinkt

In einer repräsentativen Sonderbefragung im Auftrag der DZ BANK wurden mehr als 1.000 Mittelständler zu ihrer Sichtweise des Themas Nachhaltigkeit befragt: Während mehr als die Hälfte der Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch nationale Regelungen belastet sieht, nämlich 56 Prozent, erwarten 37 Prozent der Mittelständler einen spürbaren Nutzen von Investitionen in Klimaschutz und Nachhaltigkeit für ihr Unternehmen. Damit ist die Investitionsbereitschaft in die grüne Transformation vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen.



Mehrarbeit lohnt nicht

Von
Michael von Bassewitz

Überstunden schieben oder lieber früh in den Feierabend gehen? Vollzeit oder Teilzeit arbeiten? Jeder Mensch wägt den Mehrwert von zusätzlicher Arbeit und Freizeit individuell ab – wer dabei rational entscheidet, muss sich häufig gegen die Mehrarbeit stellen, egal wie häufig der Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) wiederholt, dass sich Arbeit lohne.

Denn während die Regierung das Bürgergeld stark erhöht und in regelmäßigen Abständen über weitere Unterstützungslösungen für die Bürger nachdenkt, fehlt die Attraktivität zum Arbeiten schon jetzt häufig. Dass durch die Steuerprogression jede zusätzliche Stunde an Arbeit schlechter bezahlt wird als die letzte Arbeitsstunde, bleibt dabei nur ein kleiner Punkt.

Durch Sozialleistungen auf der einen Seite wie Bürgergeld, Wohngeld, Kinderzuschüsse und Abgaben auf der anderen Seite wie Steuern und Sozialabgaben scheint die Regierung ihre Systeme teilweise selbst nicht mehr zu verstehen. Das Zusammenspiel der staatlichen Eingriffe führt in Teilen zumindest dazu, dass Menschen durch mehr Arbeit weniger Einkommen zur Verfügung haben.

Wie das ifo-Institut für das Handelsblatt berechnet hat, kommt etwa ein Doppelverdiener-Paar mit zwei kleinen Kindern bei einem gemeinsamen Bruttogehalt von 4.000 Euro auf 2.686 Euro verfügbarem Einkommen. Damit kriegen sie durch die zwei Vollzeitstellen und 80 Wochenstunden an Arbeit 887 Euro mehr als sie leistungslos im Bürgergeld bekommen hätten.



Michael Graf von Bassewitz ist Politik-Redakteur bei The Pioneer und betreut dort u.a. die Schwerpunkte Arbeit und Soziales. Zuvor volontierte er an der Axel Springer Academy bei Bild im Politikressort und bei Politico in Washington, D.C.

Das Absurde: Wenn das Paar sein gemeinsames Erwerbseinkommen durch Überstunden oder eine Gehaltserhöhung von 4.000 auf 5.000 Euro steigern kann, bleibt der Familie skurrilerweise noch weniger als vorher übrig, wie das ifo-Institut berechnet hat. Von dem vorigen verfügbaren Einkommen von 2.686 Euro (bei 4.000 Euro brutto) sinkt das verfügbare Geld trotz des eintausend Euro hohen Brutto-Plus (5.000 Euro) um 43 Euro – auf nur noch 2.643 Euro.

Auch beim Bürgergeld fördert der Staat mehr die Stütze selbst als die Eigenständigkeit des Bürgers: Statt die Arbeitslosen schnellstmöglich ins selbst erwirtschaftete Leben zu bringen, ermöglicht der Staat ein

Taschengeld-Aufbessern des „Existenzminimums“ im Bürgergeld durch abgabenarme Kleinstarbeit.

Das aktuelle System sieht vor, wer bis zu 100 Euro dazuverdient, darf alles behalten. Danach werden bei einem Hinzuverdienst von 100 bis 520 Euro 20 Prozent und ab 520 bis 1.000 Euro 30 Prozent abgezogen. Ab 1.000 Euro wird das Hinzuverdienende im Bürgergeld völlig unattraktiv, weil nur noch zehn Prozent des Geldes behalten werden dürfen.

Heißt: Anstatt es Bürgergeld-Beziehern möglichst einfach zu machen, aus dem System herauszukommen, werden sie motiviert, sich das Bürgergeld durch wenige Arbeitsstunden aufzubessern, aber nicht zu verlassen – und bleiben so im System gefangen, denn durch einen Teilzeitjob im Bürgergeld kann man sich ein angenehmes Leben aufbauen.

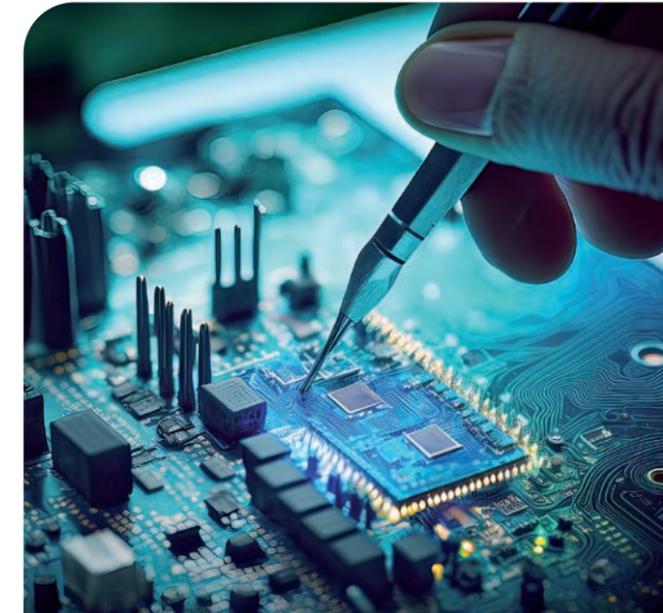
Die Bürokraten verheddern sich so in ihren eigenen – wahrscheinlich gut gemeinten – Regeln und Hilfen. Es ist rational und gerechtfertigt für jede Privatperson, sein Leben nach einem angemessenen Gehalt mit einem guten Anteil von Freizeit zu optimieren. In einem Sozialstaat bleibt es aber Aufgabe des Staats, die Fehlanreize zu korrigieren, um Ausnutzung oder Frust der Leistenden zu vermeiden.

Dafür braucht es einfache und klare Regeln, mit denen Arbeit gewürdigt wird – denn am Ende durchschauen die Bürger die Schlupflöcher eh besser als jeder Bürokrat.

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Digitalisierungsberufe: Bis 2027 fehlen 128.000 Fachkräfte

Produktionsprozesse automatisieren, Behördengänge im Internet erledigen oder smart heizen: Wenn Deutschland in Zukunft digitaler werden will, braucht es kluge Köpfe. Gefragt sind beispielsweise Informatiker, Elektroniker, Elektro-Ingenieure oder technische Systemplaner. Wie sich die Fachkräftesituation in solchen Digitalisierungsberufen verändern könnte, zeigt eine neue IW-Studie. Bis 2027 wird die Zahl der Beschäftigten in diesen Berufen um knapp 14 Prozent auf mehr als drei Millionen steigen. Und dennoch werden in drei Jahren 128.000 Fachkräfte fehlen, mehr noch als im bisherigen Rekordjahr 2022. Damals lag die Fachkräftelücke bei den Digitalisierungsberufen bei 123.000. Die Fortschreibung geht dabei davon aus, dass sich die Trends der vergangenen sieben Jahre weiter fortsetzen. In absoluten Zahlen gibt es 2027 insbesondere zu wenige Informatik-Experten, etwa Data Scientists: Rund 19.000 Fachkräfte fehlen deutschlandweit. Gleich dahinter folgen Fachkräfte für Bauelektrik mit 15.000 unbesetzten Stellen. Die drittgrößte Fachkräftelücke gibt es bei den Elektrotechnikern mit einem Master- oder Diplomabschluss.



Anzeige

**FÜR
BERLIN**

SEIT 100 JAHREN



**Investitionsbank
Berlin**



Erfolg.Fördern.Berlin.

wachsen mit der IBB

Wir haben die passende finanzielle Förderung, damit Dein Unternehmen wachsen kann. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Dein Geschäft langfristig erfolgreich zu machen.

Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen

Fotos: Privat; pixaradi/stock.adobe.com

Eine wirtschaftspolitische Wende für Deutschland

Von Friedrich Merz,
Parteivorsitzender
der CDU Deutschlands

Unsere Volkswirtschaft ist im vergangenen Jahr geschrumpft – als einzige unter den großen Volkswirtschaften der Welt. 2023 ging das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent zurück. Für 2024 wird allenfalls ein geringes Wachstum erwartet, bei den Wachstumsprognosen liegt Deutschland im Vergleich mit den G20-Staaten weit hinten. Manche Wirtschaftsforschungsinstitute gehen sogar von einer erneuten Verringerung der Wirtschaftsleistung aus. Einen Rückgang der Wirtschaftsleistung zwei Jahre in Folge gab es in Deutschland erst einmal: 2002 und 2003 – auch damals unter einer SPD-geführten Bundesregierung.

Für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist es fünf vor zwölf. Aber die Ampel-Regierung gibt uns wenig Grund zur Zuversicht. Sie scheint den Ernst der Lage noch immer nicht erkannt zu haben. Wie soll es unter diesen Umständen besser werden? Problemlösung setzt zunächst ein Verständnis des Problems voraus. Aber die Ampel-Regierung ist selbst Teil des Problems: Mit ihren Streitigkeiten und ihrer Politik der Unzuverlässigkeit hat sie die Menschen und Unternehmen in den vergangenen zwei Jahren massiv verunsichert und ist selbst zum Risiko für unseren Wirtschaftsstandort geworden.

Unser Land braucht jetzt ein Sofortprogramm für den deutschen Mittelstand. Wir brauchen endlich eine Wirtschaftspolitik, deren Ziel die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist, die die Sorgen der Unternehmen – insbesondere des Mittelstandes – berücksichtigt und die sich der DeIndustrialisierung unseres Landes entgegenstellt. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die auf Entlastungen, Beschleunigungen und Maßnahmen für mehr Fach- und Arbeitskräfte setzt, nicht auf Subventionen und immer mehr staatliche Kontrolle. Kurz: Deutschland braucht eine wirtschaftspolitische Wende.

„Unser Land braucht jetzt ein Sofortprogramm für den deutschen Mittelstand.“

Bürokratieabbau kostet den Staat wenig und hilft viel. Unnötige Regulierungen gehören abgeschafft; neue Bürokratie gilt es zu verhindern. Auch gut gemeinte Bürokratie bleibt Bürokratie – und damit eine Belastung für die Unternehmen in unserem Land. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die EU-Lieferkettenrichtlinie gestoppt und das deutsche Lieferkettengesetz ausgesetzt und überarbeitet wird. Ein Belastungsmoratorium bis 2025 wäre ein starkes Signal an die Unternehmen, ebenso eine „One in, two out“-Regel. Nach meinem Dafürhalten sollte – neben der Verabschiedung des mit den Ländern vereinbarten Pakts für Planungsbeschleunigung – auch eine Genehmigungsfiktion eingeführt werden: Wenn ein genehmigungsfähiges unternehmerisches Vorhaben nach drei Monaten nicht von den zuständigen staatlichen Behörden beschieden worden ist, gilt es als genehmigt. Dasselbe sollte auch für das Baugewerbe gelten, um den Wohnungsbau in Deutschland schneller aus der Krise herauszubekommen.

Es muss wieder ein klares Signal von der Wirtschaftspolitik unseres Landes ausgehen: Leistung, Fleiß und Anstrengung lohnen sich und werden wertgeschätzt. Diejenigen, die unser Land jeden Tag am Laufen halten, dürfen nicht durch immer mehr Steuern, Abgaben und staatliches Misstrauen gefesselt werden. Daher wollen wir die Sozialabgaben wieder auf 40 Prozent des Bruttoarbeitslohnes begrenzen, Überstunden für Vollzeitbe-

schäftigte steuerlich begünstigen und die ersten 2.000 Euro des monatlichen Arbeitseinkommens für Rentner steuerfrei stellen. Gegen den Arbeits- und Fachkräftemangel helfen stärkere Sanktionen für verweigernde Arbeitsaufnahme im Bürgergeldbezug, mehr Flexibilität bei der Arbeitszeiterfassung und die Einführung einer Wochen- statt der begrenzten Tagesarbeitszeit für Arbeitnehmer.

Selbstverständlich sind auch weitere strukturelle Reformen notwendig, und wir sollten sofort damit beginnen – aber schrittweise, nicht auf einmal. Ich denke insbesondere an eine Reform der Unternehmensbesteuerung, bei der am Ende die Gesamtbelastung unter 25 Prozent fällt. Wenn wir wollen, dass unsere Unternehmen wettbewerbsfähig sind, müssen wir die Steuerbelastung auf ein international konkurrenzfähiges Niveau bringen. Ein starker Wirtschaftsstandort ist zudem nur mit wettbewerbsfähigen Energiekosten zu machen. Daher wollen wir die Stromsteuer dauerhaft auf das europäische Minimum senken und die Netzentgelte halbieren. Einseitige Steuererhöhungen und Mehrbelastungen, wie sie die Bundesregierung für die Landwirtschaft plant, lehnen wir in diesen Zeiten ab.

Es muss ein Ruck durch unser Land gehen. Ein klares Signal, dass wir unsere Freiheit und unseren Wohlstand erhalten wollen. Das geht allerdings nicht mit weniger Arbeit, sondern nur, wenn alle mit anpacken. Von Ludwig Erhard wissen wir, dass Wirtschaftspolitik zur Hälfte Psychologie ist. Die deutsche Politik wäre gut beraten, sich daran zu erinnern. Es braucht genau jetzt eine verlässliche Politik und ein Signal des Optimismus. Es braucht eine Agenda 2040 – einen Weg in die Zukunft mit der Botschaft: Ab sofort geht's aufwärts.

Deutschland hat innovative Unternehmen, viele kluge Köpfe und fleißige Hände sowie einen starken Mittelstand. Dieses Potential dürfen wir jetzt nicht verspielen. Die Politik ist in der Pflicht: Deutschland muss zurück auf den Wachstumskurs, wenn wir unsere Freiheit und unseren Wohlstand bewahren wollen. ●



Foto: Tobias Koch

Gemeinsame Wirtschaftskonferenz von MIT und CDU im Konrad-Adenauer-Haus



„Deutschland kann es besser“

Rezession, geopolitische Unsicherheiten, globaler Systemwettbewerb – Deutschland steckt in der Krise. Was bedeutet dies für Wirtschaft und Mittelstand in unserem Land? Wo liegen die größten Herausforderungen? Und wie lässt sich der Wirtschaftsstandort wieder fit machen? Zu diesen Themen luden die MIT mit der MIT-Bundesvorsitzenden Gitta Connemann und die CDU mit Parteichef Friedrich Merz am 23. Januar zu einer gemeinsamen Wirtschaftskonferenz ins Konrad-Adenauer-Haus ein.

CDU-Generalsekretär Carsten Linemann eröffnete die Veranstaltung mit einem Impuls zur Stärkung der deutschen Wirtschaft: „Wir brauchen in Deutschland einen Mentalitätswandel: Dass Anstrengung wichtig ist. Dass Wohlstand ohne Anstrengung eine Illusion ist. Wir wollen, dass sich Leistung wieder lohnt. Lasst uns in Deutschland wieder einfach mal machen.“

Anschließend diskutierten die Panelisten Prof. Dr. Veronika Grimm (Mitglied des Sachverständigenrates Wirtschaft), Dr. Rainer Dulger (Arbeitgeberpräsident), Dr. Matthias Voelker (CEO Börse Stuttgart) und Tijen Onaran (Gründerin GDW Global Digital Women GmbH) über „Standort Deutschland im Wettbewerb: Bestandsaufnahme nach zwei Jahren Ampel“. Prof. Dr. Veronika Grimm verwies, wie zuvor in den Gutachten des Sachverständigenrates und in zahlreichen



Links: MIT-Chefin Gitta Connemann moderierte souverän durch die Konferenz; oben: Martin David Lewdon, Vice President Marketing, Communications und Sustainability, stellt sein Unternehmen UMP Biochemicals GmbH aus Leuna vor; unten: Parteichef Friedrich Merz hielt eine viel beachtete Rede über den Zustand des Standorts Deutschland





1



2

1. Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann im Gespräch mit dem CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz: „Wenn es um Mittelstand und Wirtschaft geht, kommt man an der MIT in Deutschland nicht vorbei.“ 2. In der Panel-Diskussion (v.l.n.r.) Matthias Voelkel (CEO Börse Stuttgart Gruppe), Tijen Onaran (Unternehmerin), Carsten Linnemann (CDU-Generalsekretär), Rainer Dulger (BDA-Präsident), Veronika Grimm (Mitglied des Sachverständigenrates Wirtschaft) 3. Friedrich Merz, Gitta Connemann und Carsten Linnemann freuen sich über eine gelungene Veranstaltung 4. Tijen Onaran spricht sich für eine digitalere Zukunft aus 5. OHB SE (Raumfahrtunternehmen) ist mit Sabine von der Recke (Vorstandsbeauftragte Politik- und Regierungsangelegenheiten) vertreten 6. Volles Haus im KAH



3



4



9



7



8



10



5



6

7. Katrin Alberding digitalisiert mit ihrem Unternehmen Kenbi die Seniorenpflege 8. MIT-Bundesvorstandsmitglied Sandra Schull führt in das Thema Raumfahrt und die Bedeutung von OHB SE für Europa ein 9. Reiner Holznapf (Präsident Bund der Steuerzahler) sprach sich für eine effizientere Verwendung von Steuergeldern aus 10. Zugeschaltet aus Brüssel: Johannes Hahn, EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung 11. Die Vorsitzende der MIT NRW, Angela Erwin, gab als Unternehmenspatin von UMP Biochemicals GmbH einen Ausblick auf nachhaltige Geschäftsmodelle



11

Interviews, auf den Arbeitskräftemangel, die Bedeutung von Innovation, die schwierigen Aufgaben der Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft.

Konkret sagte sie: „Die Herausforderung ist, eine Reformagenda aufzustellen, bei der sich die Menschen fühlen, als werden sie alle mitgenommen.“ Weitere Impulse zur Bedeutung von Märkten zur Mobilisierung von privatem Kapital für die Transformation und Klimaschutz kamen von Dr. Matthias Voelker. Er verwies insbesondere auf die Rolle von Finanzmärkten bzw. Finanzplätzen, die auch Kapital für den Mittelstand bereitstellen können.

Nach der Diskussion schaltete sich Dr. Johannes Hahn (EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung) digital hinzu und hielt eine Rede zu „Europa im globalen Wettbewerb – Herausforderungen für die Mitgliedstaaten“. Auf diese Herausforderungen, insbesondere für die deutsche Wirtschaft, konzentrierte sich im Anschluss CDU-Parteichef Friedrich Merz in seiner 20-minütigen Ansprache. Er verwies auf die Verantwortung von Deutschland in der Welt: „Deutschland ist in der Klima- und Energiepolitik zum Geisterfahrer in Europa geworden. Das liegt daran, dass wir in Deutschland grundsätzlich die falschen Entscheidungen treffen.“ Zusammen mit der MIT-Bundesvorsitzenden Gitta Connemann betonte er die Rolle der Sozialen Marktwirtschaft als uns leitendes Instrument. Die MIT-Bundesvorsitzende setzte einmal mehr den Fokus auf die Prinzipien der Ludwig Erhard'schen Tugenden für eine erfolgreiche deutsche Wirtschaft.



12. v.l. MIT-Bundesgeschäftsführer Fabian Wendenburg, INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben und Friedrich Merz 13. Lebhafte Diskussionen nach der Veranstaltung 14. Matthias Voelkel von der Börse Stuttgart mit Friedrich Merz 15. Gute Stimmung: Gitta Connemann und Carsten Linnemann 16. Viele Abgeordnete der Unionsfraktion fanden ihren Weg ins Konrad-Adenauer-Haus, wie Tilman Kuban (li.) 17. Cvetelina Toderova (BVI) im Gespräch mit Horst Becker (GDV, mitte) und Sebastian Oys (BVI)



Danach wurden Unternehmen, die diese Verantwortung tragen und annehmen, in kurzen Präsentationen vorgestellt. Die Bernard Krone Holding SE & Co. KG aus Spelle machte den Anfang und stellte ihr erfolgreiches Exportmodell als Agrartechnik- und Nutzfahrzeughersteller vor. Fast 73 Prozent des Umsatzes wird durch den Export von Produkten generiert.

Ebenfalls vorgestellt wurden die Kenbi GmbH, die mittlerweile an mehr als 21 Standorten Pflegekräfte bei der bürokratischen Arbeit unterstützt und ihnen dabei bis zu 20 Prozent der Arbeit abnimmt, und die OHB System AG, die die Zukunft der Nutzung des Weltraums für Deutschland aufzeigte. Auch die UPM Biochemicals GmbH, Konzerntochter des weltweit führenden Bioökonomieunternehmens UPM, stellte sich vor. UPM Biochemicals GmbH baut derzeit in Leuna, Sachsen-Anhalt, eine neue Produktionsanlage zur Herstellung nachhaltiger, holzbasierter Chemikalien als technisch gleichwertige Alternative zu herkömmlichen Produkten auf fossiler Basis. Als letztes Unternehmen vor dem Schlusswort präsentierte sich die Waschbär GmbH aus Mühlhausen in Thüringen. Sie zeigte, dass Innovation nicht nur in der Großindustrie, sondern auch in der Textilreinigung funktioniert.

Am Ende beschwor MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann in ihrem Schlusswort einmal mehr: „Der Mittelstand steht für Mut, Ideen, Taten – wenn man ihn lässt.“



Louis Müller-Rettstatt
Redakteur
mueller-rettstatt@mit-bund.de

Fotos: Tobias Koch

Ein 12-Punkte-Plan für Deutschland

Unser Land rutscht immer weiter in die Rezession, die deutsche Wirtschaft schrumpft – als einzige in Europa. Verantwortlich dafür ist vor allem die Bundesregierung. Sie sorgt für immer höhere Energiekosten, immer weiter steigende Abgaben und immer mehr Bürokratie. Gleichzeitig erhöht sie Sozialausgaben und verringert Anreize zur Arbeitsaufnahme, vor allem durch das so genannte Bürgergeld. Diese Politik führt dazu, dass der Standort Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit immer mehr verliert. Investitionen in Deutschland gehen dramatisch zurück. Immer mehr deutsche Unternehmen wandern ins Ausland ab.

Die CDU will gegen die falsche Ampel-Politik mit einem klaren 12-Punkte-Plan vorgehen:

- 1 **Sozialabgaben begrenzen:** Die Höchstgrenze für Sozialabgaben soll wieder bei 40 Prozent des Bruttolohns liegen. Damit haben Unternehmen mehr Geld für Investitionen.
- 2 **Steuerfreie Überstunden:** Damit sich Mehrarbeit lohnt, sollen Überstunden bei Vollzeitbeschäftigten steuerfrei sein.
- 3 **Fachwissen halten:** Um das Fachwissen von Rentnern zu nutzen, sollen diese bis zu 2.000 Euro monatlich steuerfrei verdienen dürfen.
- 4 **Arbeitsanreize setzen:** Wer das so genannte Bürgergeld bezieht, muss angebotene Arbeit annehmen – oder mit Geldeinbußen rechnen. Wir müssen Menschen in Arbeit bringen.
- 5 **Steuern senken:** Unternehmen müssen bei den Steuern verlässlich entlastet werden. Ankündigungen der Ampel-Minister reichen allein nicht.
- 6 **Energiepreise senken:** Die Stromsteuer soll auf den EU-Mindestsatz gesenkt werden. Netzentgelte müssen halbiert werden.
- 7 **Landwirte entlasten:** Die Steuererhöhungen für Landwirte müssen zurückgenommen werden.
- 8 **Arbeitszeit neu definieren:** An die Stelle von Tagesarbeitszeiten soll eine Wochenarbeitszeit treten. So kann auf mehr Aufträge kurzfristig mit Mehrarbeit reagiert werden.
- 9 **Lieferkettengesetz stoppen:** Damit deutsche Unternehmen nicht für schlechte Arbeitsbedingungen irgendwo auf der Welt haften, soll die EU-Initiative überarbeitet werden.
- 10 **Planungsbeschleunigung verabschieden:** Damit Unternehmen schneller vom Plan zur Umsetzung kommen, soll der mit den Ländern vereinbarte Pakt bis Ostern verabschiedet werden.
- 11 **Genehmigungsfristen im Baurecht einführen:** Werden Bauanträge nicht innerhalb einer engen Frist abgelehnt, gelten sie als genehmigt.
- 12 **Keine neue Bürokratie:** Bis Ende 2025 darf für Bürger und Unternehmen kein neuer Verwaltungsaufwand entstehen.





Chemieindustrie: Deutschlands Probleme im Reagenzglas

Unsere drittgrößte Branche ist angezählt: Ihr hoher Energiebedarf und ihre hohe bürokratische Regulierung machen ihr zu schaffen. Wir zeigen, was helfen könnte.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist eine bedeutende Schlüsselindustrie in Deutschland. Und das nicht nur durch ihre Größe. Mit einem Großteil ihrer Produkte steht sie am Anfang der industriellen Wertschöpfungskette. Als drittgrößte Branche in Deutschland trägt sie mit ihrem Umsatz, ihren Investitionen und Innovationen erheblich zum Wohlstand Deutschlands bei. Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist ein Impulsgeber der deutschen Wirtschaft. Mit ihrem Know-how treibt sie Entwicklungen der Industrie entscheidend voran.

Die deutsche Chemieindustrie ist außerdem ein Global Player. Im internationalen Vergleich belegt sie mit einem Umsatz von 326 Mrd. Euro (2022, 4,2 Prozent der weltweiten Produktion) nach China (40,4 Prozent der Weltproduktion) und den USA (11,2 Prozent) den weltweit dritten Rang. Beim Verbrauch von Chemikalien belegt

Deutschland hingegen nur den vierten Rang, denn ein großer Teil der Produktion ist für das Ausland bestimmt. Die deutsche Chemieindustrie ist also ausgesprochen exportorientiert, die Unternehmen der Branche sind auf dem Weltmarkt zu Hause. Bei den Ausfuhren sind die deutschen Chemieunternehmen mit einem Weltmarktanteil von 10,1 Prozent ganz vorne mit, allerdings nimmt der Wettbewerb aus Asien rasant zu. Noch im Jahr 2000 stellte China rund 6 Prozent aller weltweit produzierten Chemikalien her. 2010 waren es schon rund 25 Prozent, mittlerweile bald die Hälfte. Auch der überdurchschnittliche Anteil an Auslandsinvestitionen zeigt den hohen Internationalisierungsgrad der deutschen Chemieindustrie.

Jeder Euro direkte Wertschöpfung, der von Unternehmen der chemischen Industrie in Deutschland erwirtschaftet wird, stößt mehr als einen weiteren Euro zusätzlicher Wertschöpfung in der deutschen Wirtschaft an. Dabei wird die Branche dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gerecht. Sie berücksichtigt ökologische, soziale und ökonomische Ziele gleichrangig. Die Chemie investiert in Umweltschutz, erhöht ihre Energieeffizienz und trägt mit Produkten und Verfahren zur Ressourcenschonung bei. Als ein wichtiger industrieller Arbeitgeber kommt sie ihrer sozialen Verantwortung nach. Die Branche ist ein wichtiger industrieller Arbeitgeber und zahlt überdurchschnittlich hohe Löhne und Gehälter. Aktuell sind rund 477 000 Menschen in der Branche beschäftigt.

„Im Vergleich zu anderen großen Volkswirtschaften in der EU wie Frankreich und Italien ist der Strom mehr als doppelt so teuer und im Vergleich zu den USA sogar nahezu drei Mal so teuer.“

Doch die Branche steht vor Herausforderungen. Ihre Probleme zeigen Deutschlands Standortnachteile komprimiert – wie in einem Reagenzglas. Die Chemieindustrie ist die Branche mit dem höchsten Energiebedarf. Das Statistische Bundesamt nennt für die Chemieindustrie einen Jahresbedarf von über 300 Terawattstunden. Damit verbrauchte die chemisch-pharmazeutische Industrie 8,9 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland bzw. 22,8 Prozent des Energieverbrauchs des gesamten verarbeitenden Gewerbes in Deutschland. Das ist die Hälfte dessen, was sämtliche deutschen Privathaushalte verbrauchen. Allerdings: Die deutsche Chemieindustrie produziert im internationalen Vergleich CO₂-effizient. Pro einer Millionen Dollar hergestellter Chemieprodukte werden in Deutschland

394 Tonnen CO₂ verbraucht – Japan braucht dafür 458 Tonnen, China 1.174 Tonnen.

Strom und Gas sind aber knapp und teuer geworden. Insbesondere, nachdem die Ampel-Koalition die letzten verbleibenden Kernkraftwerke ohne technische Notwendigkeit abgeschaltet hat. Im Vergleich zu anderen großen Volkswirtschaften in der EU wie Frankreich und Italien ist der Strom mehr als doppelt so teuer und im Vergleich zu den USA sogar nahezu drei Mal so teuer. Diesen gravierenden Wettbewerbsnachteil darf eine kluge Wirtschafts- und Standortpolitik nicht dauerhaft ignorieren, sondern es müssen zügig Gegenmaßnahmen ergriffen werden, um Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern.

Kaum eine Branche ist so betroffen von Bürokratielasten wie die hoch regulierte chemisch-pharmazeutische Industrie. Zu Recht treffen die in der Europäischen Union diskutierten Verschärfungen des Lieferkettengesetzes auf massive Kritik der Branche. Den davon betroffenen Unternehmen inklusive mittelständischer Betriebe sollen damit weitere Sorgfaltpflichten auferlegt werden. Darüber hinaus soll die zivilrechtliche Haftung ausgeweitet werden. Berthold Welling, VCI-Geschäftsführer Recht und Steuern, kritisiert dies als „völlig inakzeptabel“ und sagt: „Der Mittelstand wird bereits heute schon durch das nationale Lieferkettengesetz massiv belastet und mit kaum erfüllbaren bürokratischen Anforderungen überzogen.“ Das Ziel einer raschen Einigung auf EU-Ebene noch vor den Europawahlen dürfe nicht zu schlechten Kompromissen führen, mit der Branchen gegeneinander ausgespielt würden und der Realwirtschaft Überforderung drohe.

Auch andere EU-Projekte belasten die chemische Industrie zunehmend. Etwa im Bereich der „Green Deal“-Initiative, der EU-Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit. Ziel des Vorhabens ist ein besserer Schutz von Menschen und Umwelt vor gefährlichen Chemikalien. Insgesamt sieht



VCI-Präsident Dr. Markus Steilemann

die EU-Chemikalienstrategie mehr als 80 Einzelmaßnahmen vor, die in den kommenden Jahren im Rahmen zahlreicher Gesetzgebungsverfahren implementiert werden sollen. Für rund 12.000 chemische Stoffe ändern sich damit wesentliche Bestimmungen. Wichtiges Instrument ist die geplante Verschärfung der REACH-Verordnung (REACH steht für „Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals“ – also „Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien“).

Bereits heute bringt REACH positive Effekte für den Schutz von Menschen und Umwelt, die aber von den Unternehmen durch viel Personal und hohe Implementierungskosten erbracht werden müssen. Insbesondere für die vielen mittelständischen chemischen Unternehmen in Deutschland ist die Last erdrückend. Eine weitreichende Verschärfung von REACH würde die Lasten erhöhen. Ein besonderer Fokus der EU-Chemikalienpolitik liegt derzeit auf PFAS (Per- und Polyfluoralkylsubstanzen), einer

Familie von Stoffen, die insbesondere in mittelständisch geprägten Branchen bei zahlreichen Prozessen zum Einsatz kommt (z.B. Textilien, Lebensmittelindustrie, Medizinprodukten).

Die Bundesregierung hat im Frühjahr der europäischen Chemikalienbehörde ECHA vorgeschlagen, PFAS weitgehend zu verbieten. Der vorgelegte Vorschlag sieht ein umfassendes Verbot von mehr als 10.000 PFAS vor. Das wäre unverhältnismäßig, denn in vielen Anwendungsbereichen gibt es gar keine Alternativen zum Einsatz von PFAS-Substanzen – gerade im Bereich der Umwelttechnologien. Sollte es zu einem solchen Verbot kommen, sind unzählige Unternehmen in ihrer Existenz bedroht.

Schon heute spüren die Unternehmen der Branche die negativen Auswirkungen fehlgeleiteter Politik. Die Folge: Die Wettbewerbsfähigkeit sinkt, die Auftragslage ist schlecht. Die Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen blieb im 3. Quartal 2023 schwach. Der Gesamtumsatz der Chemie- und Pharmaindustrie sank saisonbereinigt um 0,3 Prozent auf insgesamt 54,8 Milliarden Euro. Im Dezember ging die Chemie-Produktion in Deutschland gegenüber dem Vormonat nochmals um ganze 7,5 Prozent zurück. Im Gesamtjahr 2023 hat die chemische Industrie in Deutschland 10,6 Prozent weniger produziert als im Vorjahr. Der Rückgang war somit stärker als in der gesamten Industrie. Neue Aufträge erhält die Branche immer seltener, zuletzt ging im Dezember der Auftragseingang entgegen dem Trend im gesamten verarbeitenden Gewerbe um 3,7 Prozent zurück. Im Januar klagten 40,6 Prozent der Unternehmen der Branche über fehlende Aufträge (Industrieunternehmen insgesamt: 36,9 Prozent). Entsprechend schlecht ist die Stimmung in der Branche. Das

Geschäftsklima in der deutschen Chemie stagnierte im Januar auf niedrigem Niveau, sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die zukünftige Entwicklung werden nach aktuellen Umfragen pessimistisch bewertet.

Aus Sicht des Branchenverbandes VCI war 2023 ein schwieriges Jahr für die chemisch-pharmazeutische Industrie. Insgesamt sei die Chemie- und Pharmaproduktion um 8 Prozent zurückgegangen. Die Hoffnungen auf eine Belebung der Konjunktur haben sich auch mit dem Jahreswechsel nicht erfüllt.

„Wir befinden uns mitten in einem tiefen, langen Tal. Und noch ist unklar, wie lange wir es durchschreiten müssen“, kommentiert der Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie, Markus Steilemann, die Lage. Ein schneller Aufschwung sei nicht in Sicht.

Der VCI geht auch für das laufende Jahr 2024 nicht davon aus, dass die Chemieproduktion wieder ansteigt. Beim Branchenumsatz wird ein Minus von 3 Prozent erwartet. „Je länger diese Situation anhält, desto mehr müssen wir damit rechnen, dass weitere Anlagen stillgelegt werden“, warnt VCI-Präsident Steilemann. Auch der Ausstieg aus defizitären Geschäftsfeldern, Investitionsverlagerung ins Ausland oder Personalabbau seien mittlerweile nicht mehr auszuschließen.

Die „Flucht an ausländische Standorte“ sei eine reale Gefahr, so Steilemann zur FAZ. Die Produktionskosten in Deutschland seien nicht wettbewerbsfähig. Der VCI-Präsident sprach von einem „Klumpenrisiko aus hohen Energiepreisen und Unternehmenssteuern, schlechter Infrastruktur, Fachkräftemangel, Digitalisierungsstau und „Bürokratiewahnsinn“.

Die chemische Industrie ist Jobmotor, Innovationstreiber und Schlüsselindustrie und muss am Standort Deutschland erhalten und gefördert werden. Die Branche ist angewiesen auf die Verfügbarkeit von Energie, auf ver-

lässlich niedrige Energiepreise und auf eine Befreiung von Regulierung. Deshalb muss jede Kilowattstunde ans Netz – und zwar ohne ideologische Scheuklappen. Die sechs zuletzt stillgelegten Kernkraftwerke dürfen nicht zurückgebaut, sondern müssen schnellstmöglich reaktiviert werden. Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss schneller und einfacher genehmigt werden.

„Die deutsche Chemieindustrie ist also ausgesprochen exportorientiert, die Unternehmen der Branche sind auf dem Weltmarkt zu Hause.“

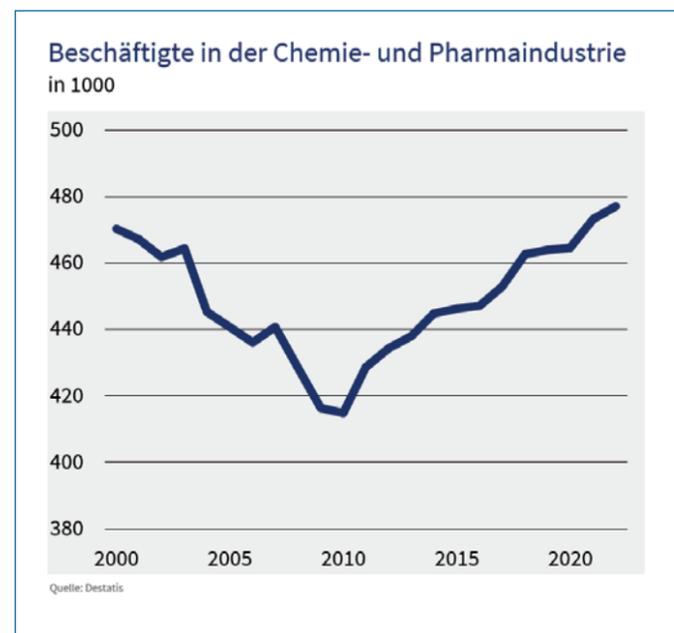
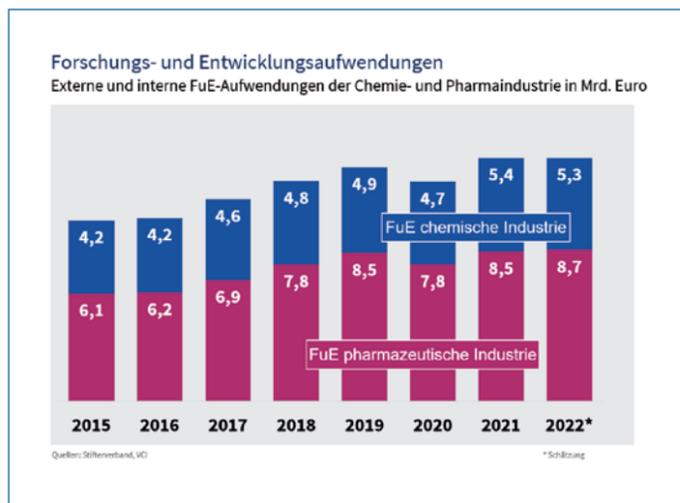
Die Beschränkungen bei Biomasse und Wasserkraft müssen beseitigt werden. Steuern auf Energie und Strom müssen dauerhaft auf das europarechtliche Mindestmaß gesenkt, Netzentgelte erheblich reduziert werden.

Bürokratie kostet personelle und finanzielle Ressourcen. Es muss endlich Schluss sein mit der Gängelung durch immer mehr Vorschriften, Dokumentations- und Nachweispflichten. Deutschland und die EU brauchen endlich ein Belastungsmoratorium. Bei der Umsetzung von REACH darf der Mittelstand nicht benachteiligt werden. Besonders kleine und mittlere Unternehmen sind auf bürokratiearme und praktikable Lösungen angewiesen. Dies erfordert sowohl aktuell als auch bei möglichen Weiterentwicklungen von REACH besondere Berücksichtigung.

Mit Rücksicht auf KMU sollten Zulassungsverfahren von Stoffen gerade bei kleinen Mengen vereinfacht werden. Außerdem dürften keine ganzen Stoffgruppen wie im Falle von PFAS reguliert werden. Die Zusammenfassung tausender PFAS-Substanzen birgt zum Beispiel das Risiko, dass die Regulierung zu komplex für Vollzugsbehörden und damit nicht realisierbar wäre.



Dr. Christoph Sprich
Redakteur
sprich@mit-bund.de



IKEA® Business Network

Viele Vorteile für dein Unternehmen.

© Inter IKEA Systems B.V. 2024



Werde jetzt kostenlos Mitglied
[IKEA.de/Network](https://www.ikea.de/Network)



Foto: Pieper

Langjährige Forderung der MIT endlich erfüllt – und wie!



Markus Pieper wird KMU-Beauftragter der EU-Kommission

Was für eine Personalie! Die EU-Kommission hat den Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe, Markus Pieper (CDU), zum neuen Beauftragten der EU-Kommission für kleine- und mittelgroße Unternehmen („SME Envoy“) ernannt.

Die direkte Anbindung der Stelle an die Kommissionspräsidentin von der Leyen und Binnenmarktkommissar Breton ist ein herausragendes Signal an die mittelständische Wirtschaft. Pieper soll Ansprechpartner für kleinere Unternehmen sein und bestenfalls die schlimmsten Bürokratieauswüchse zu Lasten kleiner Firmen verhindern.

„Ich fühle mich geehrt, dass die EU-Kommission mir diese Aufgabe in dieser Zeit zutraut“, sagte Pieper nach seiner Ernennung. „Der europäische Green Deal muss auch ein Deal für eine starke mittelständische Wirtschaft im globalen Wettbewerb sein“, kündigt er seine Herangehensweise an.

Fest steht: Nach langjähriger Erfahrung als IHK-Geschäftsführer und fast vier Legislaturperioden im Europäischen Parlament vor allem in Verantwortung für Wirtschafts- und Energiepolitik bringt Markus Pieper die notwendige Erfahrung und verschiedene Sichtweisen auf Gesetzgebungsprozesse mit. Das MIT-Mitglied kann so wichtiger Ratgeber der Kommission für schlankere Gesetzgebungsverfahren sein.

Im deutschen Mittelstand und zunehmend auch in der Industrie stehen Brüsseler Initiativen in den vergangenen Jahren verstärkt in der Kritik. Zu den besonders kritisierten Brüsseler Regulierungsvorhaben gehören u.a. die europäische Lieferkettenrichtlinie, die Taxonomie für grüne Investitionen, verbunden mit der Umsetzung der Basel-3-Regeln, sowie das Klimapaket „Fit for 55“ mit dem faktischen Verbot des Verbrennermotors. Vor diesem Hintergrund hatte die MIT immer wieder (zuletzt beim Bundesmittelstandstag 2023) die Einsetzung eines solchen Mittelstandsbeauftragten gefordert.

Gitta Connemann zeigte sich im Gespräch mit dem „Handelsblatt“ erleichtert über die Personalie: „Der Dauerstreit der Ampel lähmt die deutsche EU-Politik. Deutschlands Sprachlosigkeit beim Binnenmarkt, bei fundamentalen Themen wie der Zukunft der Energieversorgung oder die lähmende Überregulierung hemmen den Wirtschaftsstandort und Europa. Die MIT fordert deshalb schon lange, einen Mittelstandsbeauftragten der EU-Kommission zu berufen. Das Rückgrat unserer Wirtschaft braucht wieder eine Stimme und ein Gesicht in Brüssel. Markus Pieper ist dafür die beste Wahl. Mit ihm bekommt der Mittelstand einen versierten und engagierten Fürsprecher, der für die Betriebe kämpfen wird.“



© Inter IKEA Systems B.V. 2024

IKEA Business Network
Der kostenlose Kundenclub für dein Unternehmen.

Interior Design Beratung

Lass dich von unseren Expert*innen kostenlos zu Einrichtungsproblemen in deinen Unternehmensräumen beraten.

Mitgliederangebote

Erhalte wechselnde Produkte günstiger und Zugang zu allen IKEA Family Angeboten.

BELÖNA Prämienpunkte

Samle bei jedem Einkauf Prämienpunkte und löse sie für Aktionskarten ein.

Entdecke noch viele weitere Vorteile für dein Unternehmen im **IKEA Business Network**.

Jetzt Mitglied werden
[IKEA.de/Network](https://www.ikea.de/Network)





Im Gespräch mit Chefredakteur Fabian Wendenburg definiert Generalsekretär Carsten Linnemann, was „CDU pur“ bedeutet. Er beschreibt, was sich gerade in der Gesellschaft verschiebt, und erklärt die Bedeutung des Grundsatzprogramms

„Wir würden von heute auf morgen Pragmatismus an- und Ideologie ausstellen“

Fabian Wendenburg: Ich treffe mit Dir einen Fan des Fußballs und der Sozialen Marktwirtschaft. Daher die Einstiegsfrage: Der DFL hat gerade verkündet, nicht mehr mit Investoren über den Einstieg in die DFL zu verhandeln. Wie siehst Du das? Ein Sieg oder eine Niederlage für den Fußball?

Carsten Linnemann: Zumindest keine gute Entwicklung. Die Debatte ist ein typisches Beispiel für die Diskussionen in unserer Gesellschaft: Einerseits hätte der DFL deutlich mehr Transparenz herstellen müssen, andererseits hat der ein oder andere Fan auch übertrieben. Es fehlt der gemeinsame Kern und das Vertrauen, und das ist spiegelbildlich für unsere Gesellschaft. Wir können daraus nur lernen.

Kommen wir zu Deinem eigentlichen Job als Generalsekretär. Dein Credo ist „CDU pur“. Wie würdest Du „CDU pur“ für Dich beschreiben?

Dass wir nicht nach rechts oder links schauen, sondern geradeaus und uns dabei immer auf das christliche Menschenbild besinnen. Wir maßen uns beispielsweise nicht an, das Wissen von morgen zu haben. Heute zu sagen, dass wir den Verbrennungsmotor in zehn Jahren verbieten, ist nicht technologieoffen und das Gegenteil von „CDU pur“. Ganz nebenbei sägen wir den Ast ab, auf dem wir sitzen. Ferner setzen wir auf Eigenverantwortung und setzen uns gleichzeitig für Menschen ein, die der Eigenverantwortung nicht nachkommen können – etwa weil sie gesundheitlich beeinträchtigt

sind. Das Bürgergeld kommt dem etwa nicht nach. Das Bürgergeld sollte sich ausschließlich auf Menschen konzentrieren, die Hilfe bedürfen. Wer aber Bürgergeld erhält und arbeiten kann, der kann nicht davon ausgehen, dass das andere, die jeden Tag arbeiten gehen, für ihn bezahlen. Deshalb wollen wir das Bürgergeld in der jetzigen Form wieder abschaffen.

Das Grundsatzprogramm der CDU ist nun auf der Zielgeraden und soll beim Bundesparteitag verabschiedet werden. Was hat Dich in diesem Prozess überrascht? Was hast Du über die CDU gelernt?

Ich habe noch nie zuvor eine so offene und lebendige Debattenkultur erlebt. Alle hatten richtig Lust auf diesen Prozess. Vermutlich auch weil der Zeitpunkt besonders günstig ist. Hätten wir das Grundsatzprogramm vor zehn Jahren in der Regierungszeit geschrieben, hätten wir vermutlich auf das Kanzleramt Rücksicht nehmen müssen. Dieses Mal haben wir uns nur auf uns, auf unsere DNA, auf unseren Kompass, auf „CDU pur“ konzentriert. Wir konnten die Fenster aufmachen und frische Luft reinlassen, und diesen Geist atmet das Grundsatzprogramm.

Der Begriff „Leitkultur“ taucht im Grundsatzprogramm wieder auf. Warum hat sich die Programmkommission für diesen kontroversen Begriff entschieden, anstatt zum Beispiel den Begriff „Verfassungspatriotismus“ zu wählen? Was ist für Dich Leitkultur?

Weil wir wieder mehr Klartext reden müssen. Dieses Drumherum-Reden muss endlich aufhören. Wir als CDU sagen natürlich, dass die Verfassung und das Recht durchgesetzt werden müssen. Aber es gibt einfache Dinge, die stehen nicht im Grundgesetz. Und





Auf Heimatbesuch! Chefredakteur Fabian Wendenburg traf sich mit Carsten Linnemann an dessen langjähriger Wirkungsstätte: der MIT-Bundesgeschäftsstelle in Berlin



wir spüren: Vieles, was früher selbstverständlich war, ist es heute oftmals nicht mehr. Zum Beispiel der Respekt vor Polizisten oder Lehrkräften, der Respekt vor Frauen und alten Menschen. Der generelle Umgang miteinander, aber auch der Respekt vor anderen Meinungen. Das alles beschreibt die Art und Weise, wie wir miteinander leben, sozusagen unser gesellschaftliches Fundament. Das ist

Nein, das ist auch für mich völlig neu. Dabei hat ja auch die Union in den 16 Jahren ihrer Regierungszeit Fehler gemacht, wie etwa in der Energie- oder Migrationspolitik. Andererseits stand unsere Politik immer für Planungssicherheit. Und die ist heute völlig abhandengekommen. Man hat den Landwirten von einem Tag auf den anderen gesagt: Ihr müsst einseitig für das Versagen der Politik bezahlen, Stichwort

Ich kann nur sagen, dass ich nach Kräften alles dafür tue. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit dem christlichen Menschenbild die Kompassnadel haben, um da wieder rauszukommen. Das habe ich mit „CDU pur“ beschrieben. Aber wenn wir wieder regieren, wird der Rucksack an Verantwortung sehr schwer sein. Ich trinke gerne am Wahlabend ein Glas Bier, wenn wir Erfolg haben, aber an dem Montag danach muss es sofort mit der Arbeit losgehen.

Und wenn es losgeht: Wo würde eine CDU-geführte Bundesregierung ihre Prioritäten sehen und schnell den Hebel umlegen? Was ist nicht verhandelbar?

Wir brauchen eine Arbeitsmarktreform, die ich persönlich auch zur Bedingung für eine Koalition machen würde. Es ist in Deutschland etwas ins Rutschen geraten, so dass der Zusammenhang zwischen Erwirtschaften und Verteilen kaum noch zu spüren ist. Die Union muss den Mut haben, das anzupacken. Anstrengungsloser Wohlstand ist eine Illusion. Dazu gibt es in der Union auch viele Vorschläge, zum Beispiel ein sehr gutes MIT-Steuerkonzept von Gitta Connemann oder auch der Vorschlag einer Aktivrente, sodass Rentner steuerfrei 2.000 Euro pro Monat hinzuverdienen können. Ich persönlich würde auch Überstunden bei Vollzeitarbeit steuerfrei stel-

len. Das alles sind Leistungsanreize, mit denen wir einen Mentalitätswandel in Deutschland hinbekommen.

Das alles müsste auch die nächste Regierung mit knappen Kassen schaffen. Aus unserer Sicht geht es um Ausgabenpriorisierung, nicht um Einnahmenerhöhung. Und: Wir müssen die Zielgenauigkeit aller Maßnahmen – vom Sozialstaat bis zum Klimaschutz – auf den Prüfstand stellen. Denn eine bestimmte Summe für den Klimaschutz auszugeben, sagt ja noch nichts über den erreichten Effekt für den Klimaschutz aus. Exakt. Wir würden von heute auf morgen Pragmatismus anstellen und Ideologie ausstellen. Das Heizungsgesetz ist ein gutes Beispiel: In 2023 wurden massenweise Öl- und Gasheizungen verkauft, deutlich mehr als im Vorjahr. Das Heizungsgesetz verunsichert das

ganze Land, kostet Milliarden, dem Klimaschutz ist nicht gedient, und niemand im Ausland wird uns dieses Modell nachmachen. Niemand. Ich bin für das bewährte Modell: Zurück zum CO₂-Preis mit einem verlässlichen Preispfad, damit jeder Bürger, jeder Mittelständler planen kann. Und auf der anderen Seite schaffen wir einen sozialen Ausgleich. Auf diese Weise tun wir mehr für den Klimaschutz zu geringeren Kosten und finden auch noch Partner und Nachahmer im Ausland.

Und zum Thema knappe Kassen: Wir müssen uns ehrlich machen. Zu meinen Prioritäten gehört zum einen die Sicherheit: Wir müssen die 2-Prozent-Verpflichtung im Rahmen der NATO dauerhaft aus dem Haushalt erfüllen. Zum anderen brauchen wir eine Steuerreform, die die Mitte entlastet. Bei der Gegenfinanzierung müssen wir

ans Heizungsgesetz ran, das Bürgergeld reformieren und natürlich für Wachstum sorgen. Da hinken wir im europäischen Vergleich hinterher.

Und die Rente mit 63?

Die Rente mit 63 war ein Fehler, weil sie den Fachkräftemangel verschärft. Aber ich bin ein Freund von Planungssicherheit. Wir sollten den Menschen, die ihren Renteneintritt nächstes Jahr einplanen, diese Planungssicherheit nicht abrupt entziehen. Aber wir müssen die Rente mit 63 wie vorgesehen auslaufen lassen.

Die nächste bundesweite Wahl ist die Europawahl. Was werden die Schwerpunkte im Wahlkampf sein?

Erstens: Wir sind die Europapartei. Wir brennen für die europäische Idee. Und bei allem Ärger, den wir mit der EU haben: Der Binnenmarkt ist ein

„Wir als CDU sagen natürlich, dass die Verfassung und das Recht durchgesetzt werden müssen.“

Leitkultur. Und sie gilt für alle, die hier leben und hier leben wollen. Denn wenn wir nicht zu unseren Werten stehen und nicht den Mut haben, sie klar auszudrücken, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn Menschen, die aus anderen Kulturen zu uns kommen, uns nicht ernst nehmen. Deswegen ist der CDU dieses Thema so wichtig.

Wir waren beide im Januar auf einer Demonstration der Landwirte am Brandenburger Tor, wo auch viele aus anderen mittelständischen Berufen demonstriert haben. Dort war die Wut aus dem Mittelstand auf die Politik für jeden zu spüren. Das gleiche gilt für andere Kundgebungen und Demos im Land. Hast Du so eine Stimmung schon mal erlebt, oder hat das eine neue Dimension?

Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Genauso war es bei der Förderung für E-Mobilität. Da wurde die Prämie von heute auf morgen abgeschafft. Häusle-Bauer planen ein Haus mit dem KfW-Förderprogramm, und auch das wurde von heute auf morgen gestrichen. Diese erratische Politik ist der Hauptgrund für die aktuelle Stimmungslage. Daran trägt die Ampel den Hauptanteil. Das spiegelt sich übrigens in den Zustimmungswerten für die AfD wider: Die Ampel hat die AfD verdoppelt.

Ich frage mich bei dieser Stimmung: Kann eine künftige Regierung das wieder einfangen? Der Erwartungsdruck an jede Bundesregierung ist ja gewaltig.

Ich stelle mir diese Frage jeden Tag. Und ich kann sie nicht beantworten.

Dr. Carsten Linnemann, Jahrgang 1977, wuchs in einer Buchhändler-Familie in Schwaney in der Nähe Paderborns auf. Er studierte BWL in Paderborn, danach arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Makroökonomie der TU Chemnitz. 2006 schloss Linnemann sein Promotionsstudium in Volkswirtschaftslehre ab. Danach war er als Volkswirt bei der Deutschen Bank Research sowie als Assistent des Chefökonom der Deutschen Bank, Prof. Norbert Walter, tätig. Zwischen 2007 und 2009 arbeitete er als Volkswirt bei der IKB Deutsche Industriebank. Seit 2009 ist Carsten Linnemann Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2013 bis 2021 war er MIT-Bundesvorsitzender. Seit Januar 2022 ist Linnemann stellvertretender Parteivorsitzender und leitet die Programm- und Grundsatzkommission. Seit Juli 2023 ist er zudem Generalsekretär der CDU Deutschlands.

Fotos: Marc-Steffen Unger/www.ms-unger.de





Glücksfall und ein großes Asset für uns und für unser Geschäftsmodell „Made in Germany“. Unser Mittelstand braucht die EU. Daher werden wir einen klar proeuropäischen Wahlkampf führen. Zweitens: Wir werden deutlich machen, dass die Politik der Ampel nicht auf Europa übertragen werden darf. Das würde Europa wirtschaftlich in den Abgrund stürzen. Drittens: Wir müssen konkret werden. Ein Beispiel: Das Verbrenner-Aus muss wieder rückgängig gemacht werden. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäi-

Problem. Denn auch dann agierst du an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Die CDU muss daher andere Themen nach vorne stellen, die die Lebenswirklichkeit der Menschen betreffen. Lebe ich sicher? Ist mein Job

de. Der moralische Zeigefinger, mit dem zum Beispiel Frau Baerbock durch die Welt reist, und das ideologische Denken sind vorbei. Die Menschen wollen nicht bevormundet werden. Übrigens sind diese Menschen mit ihren Fähigkeiten und ihrer Kreativität unsere wichtigste Ressource. Ja, wir haben keine andere. Also müssen wir diesen Menschen doch so viele Freiräume wie möglich geben, damit sie auf gute Ideen kommen. Darauf beruht letztlich auch das Prinzip des CO₂-Preises: Wir bepreisen die Verschmutzung, und überlassen dann den Menschen, wie und wo sie CO₂ einsparen wollen. Das funktioniert und zeigt: Freiheit ist ein starker Innovationstreiber.

Nach den Correctiv-Enthüllungen über das Treffen Rechtsextremer in Potsdam haben Friedrich Merz, Du und andere in der CDU sich sehr schnell und sehr glaubwürdig dazu geäußert und diese Ideen verurteilt. Gleichzeitig kam bei den Demonstrationen, die darauf folgten, gelegentlich die Frage auf: Darf und soll die CDU mitmachen? Wie erklärst Du Dir, dass die CDU auf manchen dieser Demos eher als Teil des Problems gesehen wird, und wie sollten wir damit umgehen?

Foto: Marc-Steffen Unger/www.ms-unger.de

„Unser Mittelstand braucht die EU. Daher werden wir einen klar proeuropäischen Wahlkampf führen.“

schen Parlament ist hier glaubwürdig, weil sie diesen Fehler früh erkannt und immer wieder auf eine Kurskorrektur gedrängt hat. „CDU pur“ bedeutet Technologieoffenheit.

Du hast kürzlich in einem Interview Deiner Partei geraten, keine Kulturkämpfe zu führen. Warum war Dir dieser Hinweis wichtig?

Auch ich rege mich über völlig überzogene Formen des Genders auf und will mir mein Denken und Sprechen nicht vorschreiben lassen. Die Erfahrung, die andere konservative Parteien in Europa gemacht haben, zeigt aber: Wenn du die Kulturfragen zum Hauptthema machst, kriegst du ein

sicher? Ist mein Geld sicher? Boris Rhein hat das in Hessen genau richtig gemacht: Bildung, Bauen, Sicherheit, Wirtschaft – das waren seine Wahlkampfthemen. Und im Koalitionsvertrag hat er dann die Gendersprache an Universitäten und Schulen verboten.

Prof. Andreas Rödder hat kürzlich vom „Ende der grünen Hegemonie“ gesprochen und damit gemeint, dass sich die Narrative, die wir über Jahrzehnte bedienen und die von den Grünen geprägt wurden, verändern. Teilst Du diese Einschätzung?

Ja, da stimme ich Herrn Rödder ausdrücklich zu. Ich glaube, wir erleben auch im Politikansatz eine Zeitenwen-

Viele Menschen machen sich über diese Frage gar keine Gedanken. Die laufen mit, weil sie gegen Rassismus Flagge zeigen wollen und weil sie Sorge um unsere Demokratie haben. Und das zu Recht. Aber ich halte es für brandgefährlich, wenn solche Proteste

Topf zu werfen. Eine solche Erzählung engt den Korridor des politisch Sagbaren nicht nur ein, sondern verschiebt ihn nach links. Konservativ denkende Menschen werden diskreditiert und in die Ecke gestellt. Am Ende profitieren nur die radikalen Ränder.

„Wir sind die Europapartei. Wir brennen für die Europäische Idee.“

dazu genutzt werden, um die Konturen zwischen „rechts“ und „rechtsextrem“ zu verwischen und beides in einen

Du warst acht Jahre MIT-Vorsitzender. Was hast Du aus dieser Zeit als prägende Erfahrung mitgenommen?

Die MIT ist meine Heimat geblieben. Das waren unglaublich gute Jahre. Und ich bin auch ein bisschen stolz darauf, dass ich nach acht Jahren selbst gesagt habe: Jetzt braucht es einen Neuanfang. Wir brauchen mehr Amtszeitbegrenzungen. Bei der MIT schätze ich, dass man hier nicht taktisch spricht oder geschliffen formuliert. Hier gibt es nur eine Formulierung, und die heißt „geradeaus“. Gitta Connemann „lebt“ das herausragend. Diesen Klartext braucht es auch in der CDU, und ich hoffe, ich konnte etwas von diesem Geist mit in die Partei nehmen. ●

Anzeige

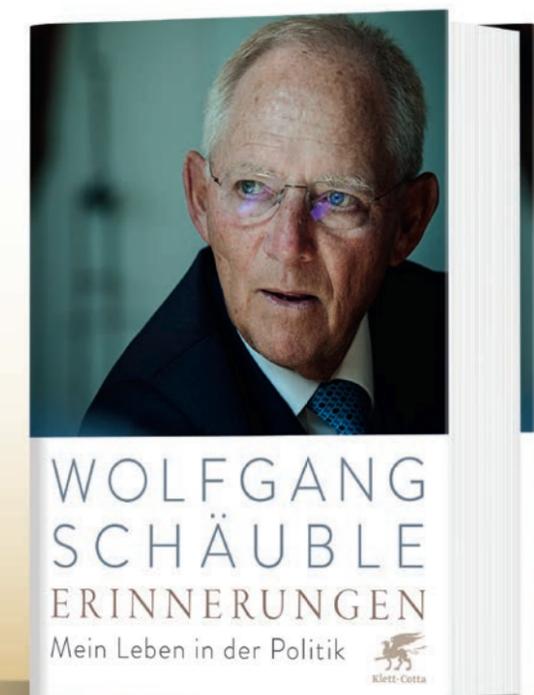
www.klett-cotta.de

»Wolfgang Schäuble hatte die Fähigkeit, weit über den Tag hinaus große politische Entwicklungen zu erkennen und zu gestalten.« Angela Merkel

Wolfgang Schäuble war eine politische Ausnahmeerscheinung. Nur wenige haben die Bundesrepublik in vergleichbarem Maße geprägt. Die unmittelbar vor seinem Tod fertiggestellten »Erinnerungen« bieten einen einzigartigen Einblick in die Geschichte unseres Landes und in die verborgenen Mechanismen des politischen Betriebs. Sie sind die Bilanz eines politischen Lebens, ein Vermächtnis der Werte und Haltungen, für die Wolfgang Schäuble ein Leben lang stand.

Wolfgang Schäuble
Erinnerungen
Mein Leben in der Politik

656 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, mit Abb.
38,- € (D) | ISBN 978-3-608-98704-1



Jetzt im
Buch-
handel

Klett-Cotta

Die MIT-App ist da!

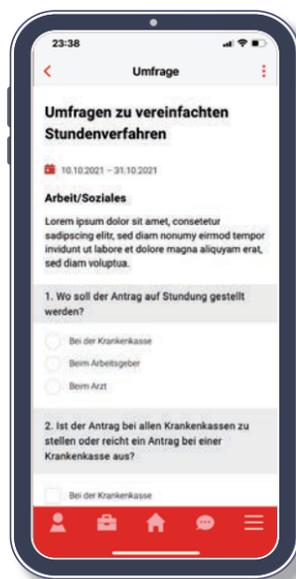
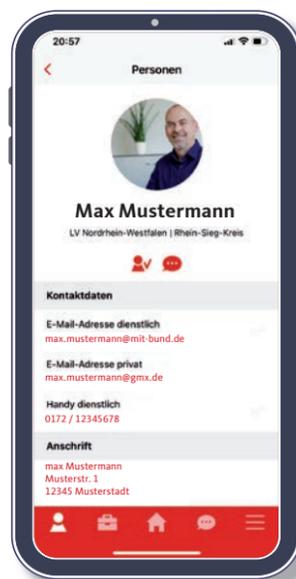


Seit dem Herbst 2023 ist die MIT App einsatzbereit. Gemeinsam mit der Union Betriebs-GmbH (UBG) haben wir sie entwickelt, um die Kommunikation unter Mitgliedern zu erleichtern und zu modernisieren. Dabei hat die App vier wesentliche Funktionen.

- Sie kann als Messenger-Dienst unter MIT-Mitgliedern genutzt werden.
- Sie kann für die Organisation von MIT-internen Gruppen und Gremien eingesetzt werden.
- Sie dient als Interaktionskanal von Bundes-, Landes- oder Kreisverband mit Mitgliedern.
- Sie kann auch als „Marktplatz für Mitglieder“ genutzt werden.

Probieren Sie die App in Ihrem Kreisverband aus. Sie kann im App-Store bei Apple und Android unter „Meine MIT“ gefunden und heruntergeladen werden. Alternativ finden Sie sie als WebApp unter www.mit-bund-app.de.

Alle technischen Fragen beantwortet Ihnen unser Dienstleister, die UBG, unter websupport@ubg365.de.



Immer gut vernetzt mit allen Mitgliedern – und noch vieles mehr. Der Download lohnt sich!



ZURÜCK IN DIE SOZIALE MARKT-WIRTSCHAFT

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



EU-Gesetzgeber verlängert KMU-Finanzhilfen zum Schutz des geistigen Eigentums

Mit der diesjährigen Verlängerung des KMU-Fonds bietet die Europäische Kommission innovationswilligen Unternehmen einen neuen und erweiterten Service zur Förderung gewerblicher Schutzrechte. Bis Ende 2024 können erfindungsreiche Mittelständler Tätigkeiten im Bereich des geistigen Eigentums, etwa Gebühren bei der Anmeldung von Patenten und Marken, seit 2023 auch im Bereich Sortenschutz, rückerstatten lassen. Zehntausendfach eingegangene Anträge und ein deutlicher Anstieg der bewährten Finanzhilfen bestätigen sowohl den Bedarf als auch den Erfolg des Rückerstattungsprogramms und sind Beleg europäischer Innovationskraft. Insbesondere für Gründer stellen die Finanzhilfen eine äußerst willkommene Unterstützung dar. Die Neuauflage des Mittelstandsfonds zeigt, dass sich die EU nicht auf den positiven Entwicklungen bezüglich der Patentanmeldungen ausruht. Sie sichert sich mithilfe des Programms inmitten globaler Unsicherheiten weiterhin eine internationale Spitzenposition.



Aufwand statt Entlastung – Überarbeitung der Europäischen Betriebsräte

Im Januar legte die EU-Kommission den Entwurf zur Revision der Richtlinie über Europäische Betriebsräte (EBR) vor und kam damit den letztjährigen Forderungen des Europäischen Parlaments zur Stärkung des EBR nach. Trotz gut funktionierender Strukturen und hohen Standards zielen diese, entgegen vielerlei kritischer Stimmen, auf die erhebliche Ausweitung der Informations- und Konsultationsrechte ab, bis hin zur Aussetzung von Managemententscheidungen. Die erweiterte Zuständigkeit des EBR verlangsamt unternehmerische Entscheidungsfindung nicht nur, sie geht an der Realität grenzüberschreitend agierender Firmen vorbei. Zudem soll der Bestandsschutz etablierter Gremien aufgehoben werden, was den Fortbestand bewährter Strukturen und das Vertrauen in diese erschüttert. Anhörungsrechte stellen ohne Zweifel einen rechtmäßigen Gestaltungsspielraum dar. Doch unberechtigte Unterlassungsansprüche dürfen nicht zu Lasten der Wirtschaftlichkeit und der unternehmerischen Freiheit gehen. Die aktuelle Erörterung des Gesetzes im EU-Parlament darf sich nicht etwaigem sozialpolitischen Aktionismus verschreiben, sondern muss jegliche Änderungen ins Verhältnis mit Aspekten der Wettbewerbsfähigkeit und Subsidiarität setzen. Neuerungen, die zuwider der europäischen Bestrebungen zum Bürokratieabbau und Verwaltungsreduzierung sind, sind strikt zu vermeiden.



Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



Nachruf



MIT trauert um Barbara Ahrons

Wir trauern um Barbara Ahrons, die am 8. Februar 2024 im Alter von 79 Jahren verstarb. Große fachliche Anerkennung erwarb sich Barbara Ahrons insbesondere aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Expertise und ihres unermüdlichen Einsatzes für die Belange des Mittelstands, denen sie von 1994 bis 2010 als Hamburger Landesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion sowie von 1999 bis 2011 als deren stellvertretende Bundesvorsitzende besonderes Gewicht verlieh. Von 1994 bis 2010 gehörte Ahrons dem MIT-Bundesvorstand an, 2010 wurde sie zur Ehrenvorsitzenden des Hamburger Landesverbands ernannt.

Seit 1971 war Barbara Ahrons als selbstständige Unternehmerin tätig und bis zu ihrem Tod geschäftsführende Gesellschafterin der Ahrons Druck GmbH. Ihre politische Laufbahn begann sie 1981 mit ihrem Eintritt in die CDU Hamburg. Neben zahlreichen anderen ehrenamtlichen Funktionen war sie bis 2010 Mitglied des Landesvorstands. Bis in die 90er-Jahre brachte sich Barbara Ahrons aktiv in die Bezirkspolitik der Hansestadt ein. Von 1993 bis 2011 war sie dann Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und gehörte dort seit 1997 dem Vorstand ihrer Fraktion an. Als Fachsprecherin für Mittelstand und Handwerk wusste sie aus eigener praktischer Erfahrung stets, wovon sie sprach.

Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrer Familie und ihren Angehörigen. Wir werden Barbara Ahrons Andenken in Ehren wahren.

Foto: Privat

INSA-Umfrage

Wirtschaftspolitik der Ampel schadet dem Standort Deutschland

Die Mehrheit der Deutschen hält die Wirtschaftspolitik der Ampel für schädlich. Sogar ein Großteil der eigenen Wählerschaft ist hier unzufrieden, ergab eine Umfrage des Instituts INSA im Auftrag der MIT. Auf die Frage „Welchen Einfluss hat die Wirtschaftspolitik der derzeitigen Bundesregierung Ihrer Einschätzung nach auf den Wirtschaftsstandort Deutschland?“ entschied sich eine Mehrheit von 56 Prozent für die Antwortoption: „einen (eher) negativen Einfluss“. „Einen (eher) positiven Einfluss“ sehen nur 9 Prozent der Befragten. 23 Prozent halten den Einfluss der Wirtschaftspolitik der Ampel auf den Standort weder für positiv noch für negativ. Die restlichen entschieden sich für „weiß nicht“ oder machten keine Angabe. Gitta Connemann kommentierte das Ergebnis: „Wir brauchen einen echten Befreiungsschlag für Wirtschaft und Mittelstand. Sonst setzt sich der Trend von Betriebsaufgaben, Investitionsflucht und Fachkräftemangel fort.“



Sozialleistungen



Nullrunde beim Bürgergeld gefordert

Es ist ein deutlicher Befund des Allensbach-Instituts: Die Leistungsmotivation in Deutschland lässt nach. Vor allem in den schwächeren sozialen Schichten sei mittlerweile die Überzeugung verbreitet, dass „diejenigen, die sich anstrengen und viel arbeiten, die Dummen sind“. Besonders das Bürgergeld treibt die Menschen um: Von den Unions-Anhängern halten 80 Prozent die Höhe dieser Sozialleistung für ein Beschäftigungshindernis.

Das Lohnabstandsgebot hat auf jeden Fall darunter gelitten, dass das Bürgergeld zum Januar um 12 Prozent angehoben wurde. Deshalb fordert unsere MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann: „Eine Nullrunde beim Bürgergeld in 2025 würde wieder für mehr Gleichgewicht zwischen hart erarbeitetem Lohn und dem vom Steuerzahler finanzierten Bürgergeld sorgen.“

Konjunktur

Jahreswirtschaftsbericht ohne Rezepte gegen die Krise

Das war mal eine echte Enttäuschung: Nicht nur, dass das Wachstum auf nur noch 0,2 Prozent prognostiziert wird. Nach Schätzung der Bundesregierung wächst die deutsche Wirtschaft mittelfristig nur noch um 0,5 Prozent im Jahr. Steigern will die Koalition die Zuwachsraten vor allem durch Reformen am Arbeitsmarkt. „Gleichzeitig erfordert nachhaltiger Wohlstand erhebliche zusätzliche Investitionen“, heißt es in dem Bericht.

Mit Spannung war erwartet worden, ob die Bundesregierung in dem Bericht Vorschläge für eine Stärkung des Wachstums vorlegt. Doch das war leider nicht der Fall. Der Bericht ist nur eine „Beschreibung“ der dramatischen Lage unserer Wirtschaft, aber was fehlt sind echte Rezepte gegen die Krise, erklärte die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann.

„Dabei liegen diese auf dem Tisch – was die Wirtschaft braucht, ist ein Befreiungsschlag bei den Steuern, bei den Sozialabgaben und bei der Bürokratie“, so Connemann weiter. Unsere Wirtschaft werde komplett abgehängt dank „des schlechten Krisenmanagements der Bundesregierung und des Dauerstreits“ in der Ampel.

Mitgliederstatistik



Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände
(31.12.2023)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs
(31.12.2023)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs
(31.12.2023)



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... sie auch meine Zukunftsperspektiven fördert.“



Valentin Schmidt
Schüler,
MIT Hannover-Land

... mir die erfolgreiche Nachfolgeplanung in familiengeführten Unternehmen am Herzen liegt.“



Dr. Dagmar Wilbs
Geschäftsführerin,
MIT Nordbaden

... ich daran glaube, dass der Mittelstand das Rückgrat für Deutschlands Wachstum ist.“



Holger Kuhlmann
Rechtsanwalt,
MIT Krefeld

Unter Jugendlichen wird viel über Politik, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gesprochen, aber häufig bleibt ein wichtiges Thema auf der Strecke: die Wirtschaft. Darum ist der gerade mal 16 Jahre alte Valentin Schmidt in die MIT eingetreten. Er berichtet: „Als Jugendlicher ist es wichtig, bereits frühzeitig die Chance zu nutzen, um wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und zu gestalten. Da die Wirtschaft in den Schulen kaum gelehrt wird, habe ich mich entschieden, mich bei der Mittelstands- und Wirtschaftsunion zu engagieren und so meine Wissenslücken zu schließen. Als Mitglied der MIT setze ich mich aktiv für die Interessen von mittelständischen Unternehmen und Unternehmern ein, denn ich weiß, wie wichtig sie als Wirtschaftsakteure in unserer Gesellschaft sind.“

Dr. Dagmar Wilbs wohnt in Baden-Baden. Nach abgeschlossener Banklehre studierte sie BWL und Psychologie und promovierte in Wirtschaftspsychologie. Sie sammelte umfassende internationale Führungs- und Managementenerfahrungen in Wirtschaft und Industrie sowie in renommierten Beratungsunternehmen. Ihre 12-jährige Erfahrung als Geschäftsführerin im Familienbetrieb prägten ihr pragmatisches Geschäftsverständnis. Dagmar Wilbs engagiert sich für mittelständische Familienbetriebe, u.a. für Personal- und Führungskräfteentwicklung. Zusätzlich arbeitet sie ehrenamtlich in verschiedenen regionalen Vereinen und Initiativen zur Ortsbelebung, Kulturförderung und Nachwuchsförderung. Privat wandert sie gerne mit ihrem Mann in der Natur, reist und genießt kulturelle Veranstaltungen.

Holger Kuhlmann, ein 43-jähriger Familienvater aus Krefeld, ist ein erfahrener Experte für digitale Innovationen im Finanzsektor, speziell in der Finanzierung nachhaltiger Umwelttechnologien. Durch sein BWL-Studium entdeckte er seine Leidenschaft zur Unterstützung von Startups. Als geschäftsführender Gesellschafter berät er zur Finanzierungsform der Tokenisierung und engagiert sich stark zum Thema CO₂-Reduzierung. Sein Fokus liegt bei Finanzierungsmodellen für verbesserte Umweltbilanzen. Außerhalb seines Berufs findet er in Österreichs Landschaften oder im Eisstadion beim Support der Krefeld Pinguine Ausgleich. Seine Leidenschaft für Umweltinnovation und Natur treibt ihn an, Fortschritt zu fördern und neue Perspektiven zu erkunden.

Die MIT ist mit rund 25 000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

Fotos: MIT



„Unternehmerisches Engagement wirkt!“

Maria Rüther
Geschäftsführerin von
Aktion Deutschland Hilft

Als Unternehmen ein Zeichen zu setzen und soziale Verantwortung zu übernehmen zahlt sich aus! Denn Ihre Hilfe kommt Menschen in Not direkt zugute – und gleichzeitig stärken Sie das Engagement Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Immer mehr Unternehmen unterstützen Hilfsprojekte auf vielfältige und kreative Weise – zum Beispiel mit Spendenaktionen und Sammlungen. In humanitären Notsituationen ist das unendlich wertvoll. Die Zusammenarbeit mit renommierten Hilfsorganisationen bietet dabei großartige Chancen.

Liebe Leserinnen und Leser des mittelstandsmagazins, an unserer Seite können Sie entscheidend zu überlebenswichtiger Nothilfe und wirksamer Katastrophenvorsorge in Krisengebieten beitragen. Helfen und spenden Sie nachhaltig – lassen Sie uns noch heute zu starken Partnern werden!

Mein besonderes Anliegen: Unterstützen Sie Familien aus der Ukraine, die von den Folgen des Krieges betroffen sind. Gemeinsam können wir Leid lindern und Leben retten – und diese Welt ein wenig besser machen!

Herzlichen Dank für Ihr großartiges Engagement. Ich freue mich sehr, Sie an unserer Seite zu wissen.

Ihre

Maria Rüther
Geschäftsführerin von
Aktion Deutschland Hilft

Unternehmen helfen: Starke Partner in der humanitären Hilfe

Aktion Deutschland Hilft ist Ihr starker Partner für unternehmerisches Engagement. In dem Bündnis haben sich mehr als 20 Hilfsorganisationen zusammengeschlossen. Bei Krisen und Katastrophen leisten sie weltweit Hilfe – gemeinsam, schnell und effektiv. Und Projekte zur Katastrophenvorsorge verhindern Leid, noch bevor es geschieht.

Ihr unternehmerisches Engagement und die langjährige Erfahrung der Hilfsorganisationen: Das sind großartige Voraussetzungen, Menschen in Not nachhaltig zu unterstützen.

Gerne beraten wir Sie persönlich und finden die passende Kooperationsmöglichkeit für Sie – kontaktieren Sie uns noch heute!

Wir beraten Ihr Unternehmen individuell und persönlich

E-Mail: marketing@Aktion-Deutschland-Hilft.de
Telefon: 0228 242 92-420



So können Sie als Unternehmen helfen

- Unternehmensspende zu besonderen Anlässen
- Spendensammlung oder Benefizveranstaltung
- Förderung eines konkreten Hilfsprojekts



Spendenkonto

DE62 3702 0500 0000 1020 30

www.Aktion-Deutschland-Hilft.de/csr

